



Positionspapier

Aktionsplan für Freiheit und Demokratie Gemeinsam gegen Rassismus, Diskriminierung und Rechtsextremismus

Jeglicher gewaltbereite Extremismus ist eine fundamentale Bedrohung unserer freiheitlichen Demokratie, weshalb wir uns entschieden gegen Extremismus in all seinen Erscheinungsformen wenden. Der Mord an dem Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sowie die Anschläge in Halle und Hanau belegen, dass es insbesondere Rechtsterrorismus und rechte Gewalt sind, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zunehmend unter Druck setzen. Diese Entwicklungen erfüllen uns mit größter Sorge. Mit diesem Aktionsplan wollen wir daher Maßnahmen in die Diskussion bringen, die unseren ganzheitlichen Ansatz im Kampf gegen rechts stärken: Dieser muss weiter gefasst sein und früher ansetzen, als in der weiterhin wichtigen Verfolgung rechter Straftaten und Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen.

Rechtsextremismus, Rassismus und demokratiefeindliche Bewegungen richten sich gegen unsere freie, offene und plurale Gesellschaft. Wir lassen es nicht zu, dass Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Sprache, Religion, Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung oder wegen ihres Engagements im Rahmen unserer politischen Institutionen Opfer von Gewalt, Diskriminierung und Hetze werden. Wir solidarisieren uns mit ihnen. Solche Angriffe sind Angriffe auf unsere Demokratie, unser Leben, auf unsere Gesellschaft und damit auf jede*n Einzelne*n von uns.

Wir stellen uns aktiv dagegen. Wir handeln präventiv und nicht reaktiv: Die Entwicklungen im letzten Jahr zeigen uns, dass die Gefahr real ist. Wir ermöglichen Vielfalt. Wir schützen Menschen- und Minderheitenrechte. Es ist an der Zeit, dass wir den Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus neu denken und unsere demokratische Grundordnung aktiv verteidigen.

Rechtsextremismus und Rassismus gehen Hand in Hand mit anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie etwa Antifeminismus, LSBTTIQ-Feindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus oder Islamfeindlichkeit.

Wir alle sind gefordert: Dafür müssen wir bisherige Instrumente und Maßnahmen überprüfen und mit Expert*innen ins Gespräch kommen. Dazu gehört auch, dass wir unsere eigene Kommunikation kritisch überdenken. Sprache und Kommunikation können erheblichen Einfluss darauf haben, welche Bilder sich verfestigen und welche Ängste bedient oder geschürt werden.

Wir sorgen für politische Stabilität und geben Halt und Orientierung. Aus Solidarität mit allen, die Diskriminierung im Alltag erfahren, aus Verantwortung für Freiheit und Demokratie, für die Leben all unserer Bürgerinnen und Bürger verabschieden wir folgenden Fünf-Punkte-Plan:

- Wir gehen einen Landesaktionsplan für Freiheit und Demokratie an.
- Wir stärken die politische Bildung, Mitbestimmung und Widerspruchstoleranz unserer Bürger*innen auf allen Ebenen, von Anfang an und strukturell.

- Wir stärken die Medien- und Informationskompetenz und den demokratischen Diskurs.
- Wir bauen politische Beteiligungsformen aus und stärken demokratische Repräsentation.
- Wir denken den Rechtsstaat als Rückgrat der Demokratie weiter und nutzen sein Instrumentarium im Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

1. Landesaktionsplan für Freiheit und Demokratie angehen

Wir wollen einen „Landesaktionsplan für Freiheit und Demokratie – Gemeinsam gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Alltagsdiskriminierung“ aufsetzen. Wir schaffen institutionell und rechtlich einen Rahmen, damit sich alle Menschen frei von Diskriminierung in unsere Gesellschaft einbringen können. Damit wird Baden-Württemberg seiner Verantwortung gerecht und geht als Vorbild voran. Mögliche Bausteine eines solchen Landesaktionsplans sind aus unserer Sicht:

- Wir nehmen uns einen jährlichen Baden-Württemberg-Monitor vor, der die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft, die Demokratieakzeptanz und -zufriedenheit und das Institutionenvertrauen analysiert.
- Wir führen einen jährlichen Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung im Land ein, um den Status Quo zu erfassen und weitere Handlungsfelder zu identifizieren.
- Wir wollen ein Update für die Landesantidiskriminierungsstelle, die den Aktionsplan begleitend umsetzen und weiterentwickeln soll. Dazu müssen die bestehenden Strukturen angepasst und ausgebaut werden. Wir regen an, dass die Antidiskriminierungsstelle einen Runden Tisch initiiert, der Expert*innen aus der Arbeit gegen Diskriminierung, Rassismus und Rechts an einen Tisch bringt. Hierbei ist es uns ein besonderes Anliegen, People of Color einzubinden.
- Wir wollen Whistleblowing in Polizei, Justiz und Verwaltung ermöglichen und prüfen, welche Maßnahmen – beispielsweise Whistleblowing-Anlaufstellen – dafür geeignet sind. Gerade weil die überwiegende Mehrheit unserer Polizist*innen, Richter*innen sowie Angestellten und Beamt*innen in der Verwaltung tagtäglich unser demokratisches System leben und verteidigen, lassen wir nicht zu, dass Menschen mit einer rassistischen Einstellung und Rechtsextremist*innen diese Organisationen auszunutzen versuchen, um die Arbeit der Demokrat*innen zu sabotieren. Whistleblowing heißt in diesen Fällen Zivilcourage, die wir unterstützen wollen.
- Wir begrüßen es, dass die Dokumentationsstelle zur Erforschung von Rechtsextremismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gegenstrategien gegen Populismus in Baden-Württemberg gemäß der Handlungsempfehlung des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses eingerichtet wurde. Die angedachte zügige Schaffung einer entsprechenden Forschungsstelle unterstützen wir. Über die Ergebnisse der Forschungs- und Dokumentationsstelle soll regelmäßig berichtet und eine Transferplattform „Wissenschaft – Zivilgesellschaft – Politik“ eingerichtet werden. Zusätzlich werden wir in Baden-Württemberg eine Studie zu möglichen rechtsextremen Haltungen in der Exekutive und der Justiz durchführen.

2. Politische Bildung, Mitbestimmung und Widerspruchstoleranz stärken

Wir stärken die politische Bildung, Mitbestimmung und Widerspruchstoleranz unserer Bürger*innen auf allen Ebenen, von Anfang an und strukturell: Von der frühkindlichen Bildung über Schule und Studium bis hin zur Weiterbildung, denn Demokratie muss erlebbar und in ihrer Funktion und Wirkung erlernt werden.

- Mit dem Leitfaden Demokratiebildung liegt eine Handreichung für die Schulen vor. Jetzt kommt es darauf an, diesen Leitfaden im schulischen Alltag umzusetzen, weiterzuentwickeln und in den Schulen noch stärker für den Kampf gegen Rassismus, Rechtsextremismus, und Alltagsdiskriminierung sowie unsere Verantwortung aus auch der kolonialen Geschichte zu sensibilisieren. Besonderen Fokus setzen wir auf Lernmodelle wie zum Beispiel „Schule gegen Rassismus“, „Schule macht Staat“ und fest verankerte politische Projektstage zum Beispiel in Form von Planspielen, die die Vorzüge von Demokratie spürbar und erlebbar machen. Zudem wollen wir außerschulische Beratungs- und Präventionsangebote verlässlich fördern.
- Es kommt auf den Anfang an. Kinder und Jugendliche müssen altersentsprechend bereits in der Kita und in der Schule Demokratie erfahren und erleben können. Wir wollen mehr politische Partizipationsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung und des Mitentscheidens in schulischen Gremien und in Kitas sowie ein flächendeckendes Angebot an fachspezifischen Fortbildungen für den Bereich der Demokratiekompetenz.
- Wir fördern die vielen Gedenkstätten im Land weiterhin verlässlich und setzen uns dafür ein, dass jede*r Schüler*in im Laufe des Schullebens eine Gedenkstätte besucht. Die lokalen Gedenkstätten verdeutlichen, dass der NS-Terror überall vor Ort stattfand. Damit werden die Gedenkstätten zu lebendigen Lernorten der Erinnerungskultur.
- Wir stärken die Servicestelle Friedensbildung, um Lehrer*innen zu qualifizieren, sie zu beraten und ihnen in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) Materialien zur Verfügung zu stellen.

3. Den demokratischen Diskurs stärken

Wir stärken die Medien- und Informationskompetenz und den demokratischen Diskurs, weil Multiperspektivität ein zentraler Baustein für eine vielfältige, offene und widerstandsfähige Gesellschaft und für ein aufgeklärtes, demokratisches Bürgertum ist.

- Wir regen an, im Dialog zwischen Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Medien Maßnahmen für den Umgang mit Rassismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Hate Speech, Gewaltverherrlichung und Hetze im medialen Diskurs zu entwickeln.
- Wir begrüßen die bestehenden erfolgreichen Maßnahmen der Landesregierung gegen Hass und Hetze in den Medien wie zum Beispiel das Projekt #RespektBW und wollen diese verstetigen. Entscheidend ist aus unserer Sicht, dass diese Maßnahmen als Teil einer umfassenden Medienbildung verstanden werden.

- Wir wollen neue Fortbildungsformate für den (Laien-)Journalismus ermöglichen. Der Medienwandel verlangt sowohl den Journalistinnen und Journalisten als auch Youtuber*innen, Blogger*innen oder beispielsweise Menschen aus Freien Radios genauso wie den Nutzer*innen mehr Kompetenzen ab. Dazu zählt das Verständnis digitaler Mechanismen ebenso wie die kommunikative Verantwortung von Medienschaffenden. Mit Fortbildungsformaten insbesondere für den Laienbereich möchten wir eine Professionalisierung unterstützen.
- Wir bekennen uns zu einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk innerhalb eines funktionierenden dualen Rundfunksystems. Dass Qualitätsjournalismus tagtäglich von Rechtsextremist*innen und Populist*innen angegriffen wird, zeigt, wie wichtig dieses Bollwerk der Demokratie ist.

4. Partizipation und Dialog als Gegengift gegen Rechtsextremismus, Hass und Demokratiefeindlichkeit

Wir bauen politische Beteiligungsformen aus und stärken demokratische Repräsentation auf allen Ebenen. Wir nutzen Partizipation und Dialog als Gegengift gegen Rechtsextremismus, Hass und Demokratiefeindlichkeit.

- Wir leisten noch mehr Unterstützung für Ehrenamtliche wie Kommunalpolitiker*innen oder Flüchtlingshelfer*innen, die Anfeindungen ausgesetzt sehen. Dazu entwickeln wir die „Leuchttlinie“ – eine Beratungsstelle, die allen Menschen in Baden-Württemberg die von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt betroffen sind, als Anlaufstelle zur Seite steht – flächendeckend weiter. Zudem müssen die Hürden für die Eintragung beispielsweise von Auskunftsperren im Bundesmeldegesetz gesenkt werden, um Ehrenamtliche besser zu schützen.
- Wir verzahnen unsere repräsentative Demokratie noch stärker mit Elementen der Beteiligung. In wechselnd besetzten Zukunfts- oder Bürgerräten können Bürgerinnen und Bürger, aktuelle Themen diskutieren und Ideen in die politische Diskussion einbringen. Dies kann beispielsweise anknüpfend an die Ausschüsse des Landtags oder auch auf lokaler Ebene geschehen. Durch den „Zufallsbürger“ wird ein Durchschnitt der Gesellschaft eingeladen, sich vor Ort mit einem bestimmten Thema zu beschäftigen. Dadurch werden auch Menschen zur Beteiligung aufgefordert, die sonst keine oder wenig Berührungspunkte mit politischen Entscheidungsprozessen haben, oder sich nicht trauen.
- Wir wollen das Wahlalter generell auf 16 Jahre absenken und dies zum Gegenstand von Koalitionsverhandlungen machen – und zwar für alle Wahlen, sowohl beim aktiven als auch beim passiven Wahlrecht. Das heißt: Bei Kommunalwahlen ebenso wie bei der Landtagswahl sollen 16- und 17-Jährige nicht nur abstimmen, sondern auch antreten dürfen.
- Wir stärken den Föderalismus und verpassen ihm ein Update für die heutige Zeit. Unsere föderale Struktur zählt zu den wesentlichen Brandmauern gegen jedwede Form von Totalitarismus und Tyrannei, die als Lehre aus der Nazizeit im Grundgesetz verankert wurde. Sinnvolle Verantwortungszuweisung, transparente Entscheidungswege und Lösungen vor Ort festigen unsere demokratischen Prinzipien. Dieses Prinzip der Subsidiarität ist unser Leitbild

– auch mit Blick auf ein starkes Europa der Regionen und unsere Verantwortung für die europäische Idee.

5. Den Rechtsstaat weiterdenken, sein Instrumentarium nutzen

Wir wollen den Rechtsstaat weiterdenken und sein Instrumentarium nutzen, um erfolgreich gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung zu kämpfen. Denn der Rechtsstaat ist das Rückgrat der Demokratie. Durch ihn genießen wir Freiheit und erleben Schutz vor Willkür.

- Wir machen uns für ein wirksames Instrumentarium gegen Benachteiligung und Diskriminierung durch öffentliche Stellen stark, das auch gesetzliche Maßnahmen beinhalten kann.
- Wir setzen eine Stärkung der Staatsanwaltschaften im Bereich Rechtsextremismus und Hasskriminalität um, so dass solche Fälle entschlossener behandelt werden können. Hasskriminalität nimmt auch in Baden-Württemberg stetig zu und muss konsequent verfolgt werden. Polizei und Justiz werden außerdem umfangreich zum Thema Hasskriminalität weitergebildet, damit im Ernstfall schnell und richtig gehandelt werden kann.
- Wir setzen auf verstärkte Länder-Kooperation und wollen den Fahndungsdruck gegen rassistische und rechtsextreme Straftäter*innen erhöhen sowie Haftbefehle in diesen Deliktbereichen weiter konsequent vollstrecken.
- Wir setzen uns für eine Neufassung der Artikel 1 bis 3 unserer Landesverfassung ein. So wollen wir das entschiedene Eintreten gegen die Verbreitung von rassistischem und fremdenfeindlichen Gedankengut als Staatsziel in die Landesverfassung aufnehmen. Damit soll die freiheitliche, offene und demokratische Gesellschaft einen verfassungsrechtlichen Rang erhalten.
- Wir wollen den Opferschutz im Strafverfahren, im Justizvollzug und in der Polizeiarbeit noch stärker verankern. Zudem wollen wir die Maßnahmen zum Zeugenschutz weiter ausbauen.
- Wir fordern die Revision des Waffenrechts. Hierbei muss die Zuverlässigkeitsüberprüfung intensiviert und beschleunigt werden. Rechtsextremist*innen dürfen generell keinen Zugang zu Waffen haben.
- Wir dringen auf konsequente Ermittlungen im Bereich der finanziellen Unterstützungsstrukturen im rechtsextremen Spektrum – mit Fokus auf Geldwäsche, Versandhandel und Merchandising sowie Konzertveranstaltungen.

Wir reichen allen demokratischen Kräften im Land die Hand. Lasst uns gemeinsam unsere demokratische Kultur und Institutionen stärken. Lasst uns gemeinsam an zukunftsorientierten Lösungen arbeiten. Gemeinsam gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, gemeinsam gegen Alltagsdiskriminierung, gemeinsam für Demokratie, für Freiheit.

Beschluss Fraktionsklausur Reutlingen, 17.09.2020.